

(Abgeordneter Settner.)

(A) nicht überschätzen dürfe, und zweitens, daß eine Reform auf berufsständischer Grundlage nicht möglich sei. Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine berufsständische Zusammensetzung der Ersten Kammer nicht wünschen,

(Sehr richtig!)

daß wir lediglich eine Fortentwicklung auf der historisch gewordenen Grundlage dahin wünschen, daß den Ständen, die heute am allerwesentlichsten am Staatswohle mit beteiligt sind, die, wie der Herr Abgeordnete Nijschke heute schon gesagt hat, die meisten Werte schaffen und das meiste Interesse dadurch am Staatswohle haben, die auch die meisten Leute beschäftigen, dieselben Rechte eingeräumt werden wie der Landwirtschaft.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich da über einen Satz des Herrn Vizepräsidenten Opitz aufrichtig gefreut. Er hat gesagt: „Landwirtschaft und Industrie und Handel sind keine feindlichen Brüder. Sie sind die beiden machtvollsten Faktoren, auf denen sich das Staatswohl aufbaut.“ Meine Herren! Ich bitte nur den Herrn Vizepräsidenten Opitz und seine Freunde, daß sie diesen Satz gerade bei dieser Frage auch in die Tat umsetzen,

(B) (Sehr richtig! in der Mitte.)

daß sie hier die Industriefreundlichkeit, daß sie die Gleichberechtigung, die der Herr Vizepräsident Opitz der Industrie zugesteht, dadurch beweisen, daß sie der Industrie auch in der Ersten Kammer die volle Gleichberechtigung mit der Landwirtschaft zugestehen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich nehme hier den Herrn Vizepräsidenten Opitz beim Worte. Ich zweifle nicht daran, daß seine Worte wirklich der Meinung der konservativen Partei entsprechen, und — ich sage es noch einmal — es hat mir zur großen Freude gereicht, daß sie hier ausgesprochen worden sind.

(Bravo! in der Mitte. — Zuruf rechts: Alter Grundsatz!)

Sie sagen: es ist ein alter Grundsatz von Ihnen, aber, meine Herren, bisher hat es an der Geneigtheit dazu bei Ihnen absolut gefehlt. Denn Sie wollten gegenüber den 27 Sitzen der Landwirtschaft der Industrie höchstens 5 Sitze einräumen.

(Zuruf rechts: Stimmt nicht!)

Das ist keine Gleichberechtigung.

Meine Herren! Ich will gegen Sie nicht weiter polemisieren, da ich mich gefreut habe, daß wir heute unsere

volle Übereinstimmung mit dem Grundsatz, den der Herr Vizepräsident Opitz ausgesprochen hat, feststellen können.

Ich möchte nun übergehen zu der Stellung, die der Herr Minister zu der ganzen Frage eingenommen hat. Nach den Vorgängen von 1905/06 ist es ja klar, daß auch die Regierung die Reform will, und der Herr Minister hat auch heute wieder die Geneigtheit dargelegt, eine Reform herbeizuführen. Er hat sich aber auch wieder auf denselben Standpunkt wie die letzten Male gestellt, er hat sich darauf zurückgezogen, daß er nicht wisse, was die Kammern wollten, nicht einmal was die Zweite Kammer wolle, und er hat sich ferner darauf bezogen, daß bei der veränderten Zusammensetzung der Zweiten Kammer erst recht die Stellung der Ersten Kammer als die eines staatserkhaltenden Machtfaktors aufrechterhalten werden müsse. Wir haben bereits beide Gründe wiederholt widerlegt, trotzdem bin ich gezwungen, noch einmal darauf einzugehen. Wenn die Regierung eine Reform will und ihre Notwendigkeit einsieht, sie aber trotzdem nichts unternimmt, so ist das — ich kann es nicht anders ausdrücken — eine Unfreundlichkeit gegen diejenigen Kreise, und zwar gegen sehr weite und bedeutungsvolle Kreise unseres Volkes, die diese Reform in erster Linie erstreben.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Meine Herren! Die Regierung verlangt immer von diesen Kreisen, daß sie ihre ganzen Kräfte in den Dienst des Staates stellen und mit der Regierung zusammen deren Autorität bewahren, sie aufrechterhalten und gegenüber den vielfachen Bestrebungen auf Umsturz der ganzen Staatsordnung mit ihr zusammenstehen, nicht aus Eigennutz, sondern aus Gemeinsinn und aus Liebe zum Staate. Wenn man aber derartige Anforderungen an solche weite Kreise stellt, wird damit auch die Bedeutung dieser Stände anerkannt,

(Sehr gut! in der Mitte.)

und es ist damit auch nicht vereinbar, daß der Herr Staatsminister erst ihre geringere Bewertung nun damit zu begründen suchte, daß die Besitzer der Rittergüter durch langjährigen Besitz, durch alte Tradition enger mit dem Staate verknüpft seien und dadurch mehr Interesse an dem Staatswohle hätten. Meine Herren! Ein Industrieller, der eine große Fabrik leitet, der die Verantwortung für eine große Anzahl von Arbeitern hat, hat die schwersten Sorgen, um diesen seinen großen sozialen Verpflichtungen voll gerecht werden zu können, und das ist nur möglich bei ruhigen und guten Zeitläuften, bei geordneter Staatsverwaltung. Und sie gibt mindestens

(C)